

Landtag Nordrhein-Westfalen
Der Präsident
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

Stichwort: A14 - Arbeitsüberlastung Geschäftsstellen - 08.01.2025
Schriftliche Anhörung im Rechtsausschuss Stellungnahme zur Drucksache 18/10523
Neuss, 02.01.2025

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Vertreter:innen des Rechtsausschusses, sehr geehrter Herr Dr. Pfeil,

zur schriftlichen Anhörung des Rechtsausschusses im Landtag Nordrhein-Westfalen über die Drucksache 18/10523 nehmen wir, die Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen (DJG NRW), als benannte Sachverständige Stellung:

I. Ausgangslage

Die geschilderte Ausgangslage im o. g. Antrag der FDP-Fraktion kann uneingeschränkt bestätigt werden. Die in der vergangenen Zeit sich häufenden Meldungen in den Medien zur Arbeitsbelastung insbesondere der Staatsanwaltschaften deckt sich mit den Erfahrungen unserer Kolleg:innen. Sowohl in vertraulichen Einzel- oder Gruppengesprächen als auch in den Sitzungen der Personalräte in Gerichten und Staatsanwaltschaften wird der Personalnotstand mit allen seinen daraus resultierenden Konsequenzen thematisiert.

Das Onlineportal des Rechtsmagazins Legal Tribune Online (LTO / Wolters Kluwer Deutschland GmbH) benennt die in NRW 242.677 offenen Fälle Ende 2023 - eine Steigerung von 27 % zur Zahl von 2021.¹ Damit liegt Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Vergleich auf Rang 5 nach Hamburg, Bremen, Sachsen und Hessen.² Insbesondere ist ein Anstieg in der Strafjustiz im bundesweiten Trend festzustellen - so gibt es vermehrt Straftaten betreffend Hass und Hetze im Netz, der Aufenthaltsgesetzgebung und mehr Fälle im Bereich der Kinderpornografie.³

Während das Land Hessen 100 neue Stellen für die Staatsanwaltschaften einplant⁴, überträgt NRW Justizminister Limbach 100 Richterstellen im Zuge eines „Belastungsausgleichs“ lediglich intern und senkt die Einstellungs Voraussetzungen für die offenen Stellen bei den Generalstaatsanwaltschaften.

¹ Legal Tribune Online (LTO) Rechtsmagazin der Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Online abgerufen am 30.12.2024 unter <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/staatsanwaltschaft-nrw-nordrheinwestfalen-unerledigte-faelle-justiz-ermittlungsverfahren>

² tagesschau.de, abgerufen am 30.12.2024 unter <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/strafverfahren-justiz-100.html>

³ ebenda

⁴ Recht & Politik Nachrichtenportal der Presseagentur JPD News, Berlin, 100 neue Stellen für Staatsanwaltschaften in Hessen, 19.11.24, aufgerufen am 30.12.2024 unter <https://www.rechtundpolitik.com/justiz/justizministerium-hessen/100-neue-stellen-fuer-die-staatsanwaltschaften-in-hessen/>

In 2024 sollten 40 neue Stellen geschaffen und die Zahl der Ausbildungsstellen für die Rechtspfleger:innen erhöht werden. Diese Stellen wurden jedoch nicht neu etabliert, sondern ebenso umgewandelt aus Stellen für Richter auf Probe. Diesbezügliche Rückfragen aus dem Landtag NRW wurden nicht zufriedenstellend durch die Landesregierung beantwortet.

Zu begrüßen ist die Ankündigung des NRW-Justizministers Dr. Limbach im Rechtsausschuss, die Ausbildungsoffensive fortzusetzen und entsprechender Stellen vorzusehen (350 Einstellungsermächtigungen für Rechtspflegeranwärter:innen, 406 Ausbildungsmöglichkeiten für Justizfachwirt:innen) sowie die dringend notwendige Stärkung des IT-Dienstleisters der Justiz NRW zu fokussieren.⁵

Das Rückgrat für eine funktionierende Justiz sind neben Richter:innen, Staatsanwälten, Rechtspfleger:innen, Gerichtsvollzieher:innen und Amtsanwälten aber auch die Beschäftigten der Dienst- und Geschäftsstellen. Diese sind auch in nahezu allen Staatsanwaltschaften hoffnungslos überlastet, wie ein Staatsanwalt gegenüber der nd.Genossenschaft kommuniziert.⁶ *„Wir stehen also kurz vor dem Kontrollverlust, wenn er nicht schon da ist“, sagt der Staatsanwalt. „Das liege aber nicht an den Mittel- und Oberbehörden. Diese stellten nach Kräften Mittel und Stellen bereit. Das Problem liegt darin, dass man für das zur Verfügung stehende Geld und für die zur Verfügung stehenden Stellen nicht die quantitativ und qualitativ erforderlichen Arbeitskräfte bekommt.“⁷*

Der Staatsanwalt führt im Interview weiter aus, dass es auch an Verantwortlichen in den unterbesetzten Geschäftsstellen fehle, die in einem Team aus erfahrenen und jungen Kolleg:innen die Arbeitsbelastung stemmen, da das NRW-Justizministerium in der Vergangenheit die Stellen der Laufbahngruppe 1.2 ausgedünnt hat. Wörtlich: *„Heute würden Nachwuchsjuristen auf dem freien Arbeitsmarkt kurz angelernt und landeten dann »auf einer abgesoffenen Geschäftsstelle, ohne zu wissen, wie man die Arbeit priorisieren muss und was man tun kann, um die Reste zu erledigen«.* Das habe zur Folge, dass die frisch eingestellten Kräfte oft nach kurzer Zeit wieder kündigten.“⁸

In den Dienststellen gibt es nicht erst seit den letzten zwei Jahren erhebliche Rückstände in der Bearbeitung von Akten und der Arbeitsbelastung. Bereits im Frühjahr 2022 behandelte die DJG NRW diesbezüglich in ihrem Mitglieder magazin Akzente das Thema Überlastung/Überlastungsanzeige und publizierte einen anonymisierten „Erfahrungsbericht“ zur Situation der Geschäftsstellen.⁹ Gemäß der Auswertung der Berichte zur Kleinen Anfrage 2207 (Fachkräfte- und Nachwuchsmangel in der Justiz - Wie oft kommt es an nordrhein-westfälischen Gerichten und Staatsanwaltschaften zu Überlastungsanzeigen / LT-Drs. 18/5175) ist ein gesamter Anstieg der geschriebenen Überlastungsanzeigen von 85 im Jahr 2021 auf 105 Überlastungsanzeigen 2023 dokumentiert.¹⁰ Im Detail ist hier zu erkennen, dass die Zahl der geschriebenen Überlastungsanzeigen im Bereich der Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften von 36 Anzeigen in 2021 auf 75 Anzeigen mehr als verdoppelt hat!¹¹ Die absolute Zahl dieser Anzeigen scheint

5 Landtag NRW, Rechtsausschuss, 49. Sitzung am 25. September 2024, Ausschussprotokoll AP 18/680, aufgerufen am 30.12.2024 unter:

www.landtag.nrw.de/home/der-landtag/ausschusse-und-gremien-1/fachausschusse-1/a14-rechtsausschuss/tagesordnungen-und-protokolle-so.html

6 Justiz in Nordrhein-Westfalen beklagt Überlastung; Staatsanwalt: »Wir sind kurz vor dem Kontrollverlust« David Bieber 14.08.2023, nd.Genossenschaft eG, Berlin, aufgerufen am 30.12.2024 unter <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1175521.nrw-justiz-in-nordrhein-westfalen-beklagt-ueberlastung.html>

7 ebenda

8 ebenda

9 DJG NRW Akzente Mitglieder magazin Nr. 1/2022, Seite 5 ff., aufgerufen am 30.12.24 unter: https://www.djg-nrw.de/wp-content/uploads/2022/04/DJG_akzente_2022_01_WEB.pdf

10 Landtag NRW, Dokumentenarchiv, Drucksachen, Dokumenten-Nummer 18/5583, aufgerufen am 30.12.2024 unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-5583.pdf>

11 ebenda

gering, jedoch ist zu bedenken, dass das Mittel der Überlastungsanzeige durch Beschäftigte aus unterschiedlichen Gründen sehr spät bis gar nicht verwendet wird, um entsprechende Arbeitsbelastungen zu dokumentieren.

Das Überlastungen sich ebenso in der Gesundheitsthematik widerspiegeln, dürfte auch im Justizministerium bekannt sein. Zudem berichten Kolleg:innen der DJG NRW, die in die örtlichen Personalräte und in die Bezirkspersonalräte gewählt wurden, dass auch das Thema Krankenstand dort intensiv diskutiert wird. Der für 2023 erstellte Gesundheitsbericht der Landesregierung wurde Anfang Dezember 2024 vorgestellt.¹² Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Stellungnahme ist er online noch nicht abrufbar auf dem Portal des Innenministeriums NRW. Vergleichsweise wird der dort aktuellste Bericht aus dem Jahr 2022 zitiert:¹³ Der Bereich Justiz (Krankenstand der Geschäftsbereiche der Landesbehörden, Abb. 4) liegt zunächst im Mittel aller Beschäftigten der öffentlichen Bereiche. Gingen die Werte noch in den Jahren 2018 ff. zurück, ist ein deutlich sprunghafter Anstieg im Jahr 2022 zu erkennen. Zwei Effekte sind ebenso zu erkennen: Die Krankenstände liegen insbesondere ab der Altersgruppe > 55 Jahre über dem Mittelwert (Abb. 6: Krankenstand nach Altersgruppen) und deutlich höher in den Laufbahngruppen 1.1 / 1.2 sowie den tariflichen Äquivalenten (Abb. 7: Krankenstand nach Laufbahngruppen).¹⁴ Daraus ist auch statistisch erkennbar, wie die Situation in den Geschäftsstellen bezüglich der Vakanzen (neben unbesetzten Stellen) durch den Krankenstand ist und sich auch in den Folgejahren entwickeln wird.

Konsequenzen aus der Belastung

Die Verteilung dringender Arbeitsaufgaben steigt durch nicht besetzte Stellen und durch gesundheitsbedingte Vertreter:innenregelungen. Der unerledigte „Aktenberg“ wächst, was wiederum die Belastung erhöht, da auf die Beschäftigten ein psychologischer Druck ausgeübt wird. Die Schuld- und Versagensängste Einzelner sind unterschiedlich ausgeprägt, so individuell, wie Menschen sind. Nicht jeder kann in der Wahrnehmung seiner Berufung über die Tatsachen wegsehen und so erklären sich im ärgsten Falle Kurzschlusshandlungen wie im bekannten Fall der eigenmächtigen Eingriffe in die Verfahren.¹⁵ Hinzu kommen interne Versetzungswünsche der Kolleg:innen in den Dienststellen, insbesondere weg aus den stark beanspruchten Strafabteilungen. Nicht entsprochene Versetzungen führen in der Folge ebenso zur Unzufriedenheit der Beschäftigten bis hin zu der Entscheidung, die Justiz NRW zu verlassen und sich in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zu bewerben. Die z. B. in den Kommunen bessere Entlohnung ist diesbezüglich ein weiterer Anreiz, der zu einer „internen“ Konkurrenz im öffentlichen Dienst im Land und den Städten und Gemeinden führt. Dabei spielen neben rein finanziellen Aspekten auch die insbesondere für jüngere Generationen entscheidenden Aspekte eine Rolle, etwa die Ausstattung der Arbeitsplätze, Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Freizeit/Familie oder auch der Standort der Arbeitsstätten und Homeoffice-Optionen.

Die seitens des Justizministeriums gestartete Ausbildungsinitiative ist zu begrüßen, kommt aber zu spät. Auch haben in der Vergangenheit initiierte Kampagnen zur Nachwuchsgewinnung nicht die gewünschten

¹² Krankenstand bei Landesbeschäftigten gesunken, Süddeutsche Zeitung vom 09. Dezember 2024, aufgerufen am 02.01.2025 unter: www.sueddeutsche.de/politik/gesundheitsbericht-2023-krankenstand-bei-landesbeschaeftigten-gesunken-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-241209-930-312156

¹³ Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen, Internetportal, Gemeinsam gesund arbeiten: Gesundheitsbericht der Landesregierung NRW 2022, aufgerufen am 02.01.2025 unter: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/gesundheitsbericht_2022.pdf

¹⁴ ebenda

¹⁵ Mitarbeiterin der Staatsanwaltschaft versteckte monatelang Akten, LTO Legal Tribune Online, Tanja Podolski, 15.07.2024, aufgerufen am 02.01.2025 unter: <https://www.lto.de/recht/justiz/j/ag-duesseldorf-140ds141js3184-23-77-24-justiz-beschaefteigte-anklage-akten-versteckt>

Erfolge geliefert. Wie bereits im Landtag NRW häufiger diskutiert, waren Kampagnen in der Vergangenheit sehr uneinheitlich in ihrer Struktur. Auch zeigt der in den vergangenen Jahren stetige Wechsel von einer Employer-Branding-Agentur zur nächsten einen häufigen Wechsel in der Strategie der Ansprache der jungen Zielgruppen.

Betreffend der Belastung bedeuten neue Auszubildende in den Geschäftsbereichen auch ein zusätzliches Aufkommen an Arbeitsbelastung. In die gleiche Thematik reihen sich auch diejenigen ein, die mittels Quereinstieg gewonnen werden. Es muss in neue Kräfte Zeit investiert werden für deren Ausbildung, die es de facto nicht gibt. Auch sind die inhaltlichen theoretischen Anforderungen an die Auszubildenden und Anwärter:innen hoch in der Kürze der Ausbildungszeit. Eine Entlastung für Dienststellen sind sie nicht, zudem nicht jeder Mitarbeitende in den Dienststellen geübt ist im Umgang mit der heranwachsenden Generation Z. Mit Bezug zur Generation Z müssen auch, möchte man gewonnene Kolleg:innen dauerhaft in der Justiz NRW binden, Arbeitsstrukturen den heutigen Gegebenheiten angepasst werden. So ist zum Beispiel im Bereich der Protokollführung die Fremdbestimmtheit der Arbeitseinsätze ein oft kritizierter Aspekt, weil darunter die Planbarkeit freier Zeiten leidet.

Der weitere Aspekt zusätzlicher Belastung ist - wenn auch mittelfristig - mit der Einführung der E-Akte verbunden. Während in NRW die E-Akte im Bereich der Zivilsachen bei den Amts-, Land- und Oberlandesgerichten eingeführt ist, gibt es noch Probleme im überlasteten Bereich der Strafabteilungen. Einige Landgerichte pilotieren die E-Akte noch. Eine bundesweite Umfrage der DJG zur E-Akte im Sommer 2024 hat gezeigt, dass Stand 2024 Beschäftigte die E-Akte zum Teil für noch nicht ausgereift und auch für (noch) zeitintensiver halten.¹⁶ Ebenso belasten die Performance-Probleme der IT-Struktur sowie zum Teil schlecht ausgestattete Anwenderarbeitsplätze die in der Justiz NRW beschäftigten Kolleg:innen.¹⁷ Die DJG NRW fordert hier sowohl das Justiz- als auch Finanzministerium auf, ausreichend Finanzmittel für den digitalisierten Weg der Justiz bereitzustellen, Investitionen in ausfall- und zukunftsichere Hard- und Software zu tätigen und die Beraterleistungen in der Justiz nicht zu kürzen.

II. Beschlussfassung

Gemäß der Drucksache 18/10523 der FDP-Fraktion im Landtag NRW unterstreicht die DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen die dort genannten Misstände:

- Er herrscht ein aus den zuvor genannten Gründen ein Personalnotstand in den Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaften und Gerichte in NRW. Die Situation hat sich in 2024 im Vergleich zu den Vorjahren nicht verbessert, sondern verschlechtert.
- Eine Erhebung des Personalbedarfs in den Geschäftsstellen muss a) schnell und b) erst-initiativ anhand geeigneter Messmethoden (z. B. Benchmarks, Befragungen, Ermittlung von durchschnittlichen Bearbeitungszeiten von Akten, Erfassung von weiteren Verwaltungstätigkeiten, Berücksichtigung von notwendigen Zeiten für die Ausbildung/Einweisung neuer Arbeitskräfte (Onboarding) sowie eigener Zeiten für Fort- und Weiterbildung (Stichwort E-Akte etc.) erfolgen sowie c) nach der PEBB§Y-Fortschreibung im Jahr 2027 mit den dort erhobenen Ergebnissen in Einklang gebracht werden, um Justiz als ganzheitlichen Arbeitsprozess mit allen Beteiligten bewerten zu können.

16 DJG Notizen Nr.3/2024 (Sonderausgabe) der DJG Bundesleitung, Seite 5 ff., abgerufen am 02.01.2025 unter <https://djg.de/bund/sonderausgabe-der-djg-notizen-3-2024/>

17 Digitalisierung mit angezogener Handbremse: Sonderinformation 26/2004 der DJG NRW, abgerufen am 02.01.2025 unter <https://www.djg-nrw.de/6557-2/>

Der Haushaltsentwurf 2025 ist aus Sicht der DJG NRW unzureichend. Allein im Bereich Personal sind keine Mittel vorgesehen, die über den Bestandserhalt der Stellen hinaus große Optionen für zusätzliche Kräfte erkennen lassen. Hinzu kommen noch tabellenwirksame Anpassungen von Tarif und Besoldung seit November 2024 aus den Tarifverhandlungen 2023 und der 1:1-wirksamen Übertragung für die Beamt:innen in der Justiz NRW. Zudem stehen noch Verfahren aus, die sich je nach dem Ausgang der richterlichen Entscheidung und den Urteilen auf die Kostenstruktur auswirken werden. Weitere Mittel für Investitionen, insbesondere mit Bezug zur Digitalisierung, berücksichtigen nicht etwaige Preissteigerungen oder notwendige Mehraufwendungen.

Der Anfang Mai verfasste Brandbrief des DRB Bund der Richter und Staatsanwälte NRW e. V. an den Ministerpräsidenten Hendrik Wüst beschreibt die akuten Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat.¹⁸ In der am 20. August 2024 verfassten Antwort von Justizminister Dr. Limbach (auch im Namen des Ministerpräsidenten Wüst) wird von einem „gelungenen“ Haushalt 2025 unter Verweis auf die zu erwartenden schwierigen Haushaltsjahre 2025 ff. bis mindestens 2028 verwiesen.¹⁹ Eine Bestandsaufnahme des Personalbedarfs wird dort als weit entfernt von einer befriedigenden personellen Ausstattung angesehen, aber ebenso wird jeder Handlungsspielraum personeller Verstärkung ausgeschlossen und für den Bereich der Digitalisierung lediglich eine Fortschreibung des ca. 186 Mio. Euro umfassenden 2024er Etats in Aussicht gestellt.²⁰ Die DJG NRW hält die Antwort mit Blick auf die Problematik der Geschäfts- und Dienststellen in den Gerichten und insbesondere den Staatsanwaltschaften für unbefriedigend. Die Strategie interner Umschichtungen personeller Kapazitäten wird scheitern, wenn man nicht auch die Kapazitätsgrenzen der Verwaltung mitdenkt, die – wie zuvor eindringlich beschrieben – schon heute die Kapazitätsgrenzen überschritten hat und wo eine Nachbesetzung neuer Kräfte nicht ad hoc möglich ist, sondern deren Einarbeitung erst Schritt für Schritt wirken wird. Vorausgesetzt, die Kräfte werden erfolgreich am Personalmarkt akquiriert. Der hier seitens des Justizministeriums gefasste Plan zum Aufbau einer Arbeitgebermarke ist gut, aber mit Seitenblick auf die Wirtschaft auch kein innovativer Wurf. Zudem ist es nicht nur kostenintensiv, sondern auch zeitaufwendig, eine Marke am (Personal- und Ausbildungs-)Markt zu etablieren, es ist ein Marathon und kein Sprint!

Die DJG NRW hat zu ihrem 25. Gewerkschaftstag 2023 ein Zukunfts- und Positionspapier herausgegeben und sich intensiv in Arbeitsgruppen über alle Fachbereiche hinweg mit der Zukunft der Justiz in NRW auseinandergesetzt.²¹ Es wurden unterschiedliche Themenbereiche definiert, zu denen es entsprechende Positionen und Forderungen gibt, die hier abschließend auszugsweise genannt werden:

- Besoldung und Tarif
 - > Attraktivitätssteigerung durch Ämteranhebung von A7 bis A10
 - > Interne Nachwuchsgewinnung durch eine breit aufgestellte LBG 1.2
 - > Adäquate Fortschreibung des TV-L ab 11/2025 mit Entgeltsteigerungen, Berücksichtigung von Kostensteigerungen etc.
 - > Moderne Arbeitszeitgestaltung – 38,5 Stunden je Woche, perspektivisch 4-Tage-Woche

¹⁸ Bund der Richter und Staatsanwälte NRW e.V., Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Landes NRW vom 07. Mai 2024, aufgerufen am 02.01.2025 unter https://www.drb-nrw.de/fileadmin/Landesverband-Nordrhein-Westfalen/Dokumente/Appinhalte/2024-05-07_Offener_Brief_MP.pdf

¹⁹ Bund der Richter und Staatsanwälte NRW e.V., Antwort auf den Offenen Brief an den Ministerpräsidenten des Landes NRW vom 07. Mai 2024, aufgerufen am 02.01.2025 unter www.drb-nrw.de/fileadmin/Landesverband-Nordrhein-Westfalen/Dokumente/Nachrichten/Antwortschreiben_Herr_Dr._Limbach.pdf

²⁰ ebenda

²¹ DJG NRW, Internetportal, DJG Positionen, aufgerufen am 02.01.2025 unter https://www.djg-nrw.de/djg_positionen/

- Digitalisierung
 - > Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel
 - > Adäquate Ausstattung der Arbeitsplätze mit Hard-/Software
 - > Behebung der aktuellen Performance-Probleme
 - > Konsequente Eingröße-Strategie
- Ausbildung
 - > Nachwuchsgewinnung durch Werbung in den richtigen Zielgruppen
 - > Zentralisierung der Ausbildungseinheiten
 - > Ausbildungspaten für neue Auszubildende
 - > Rückführung der Ausbildungszeit auf drei Jahre für Justizfachangestellte

Wir wiederholen unser Plädoyer der Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss am 4. September 2024 ausdrücklich: Die erträgliche Belastungsgrenze für die Mitarbeitenden in der Justiz ist überschritten und es müssen dringend Maßnahmen zur Entlastung geschaffen und umgesetzt werden. Überdeutlich zeigt sich die Überlastung des Personals aller Laufbahngruppen im Anstieg von Gesprächsangeboten im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements. Die DJG NRW mahnt die aktuelle Personallage an, die sich durch eine hohe Arbeitsbelastung und steigender Krankenstände bemerkbar macht. Dies ist nicht nur ein warnender Indikator für die Belastung der Beschäftigten in der Justiz, sondern auch ein deutliches Signal für den Bedarf an strukturellen Veränderungen, insbesondere in Fragen der Attraktivität und der Verbesserung von Rahmenbedingungen in der heutigen Arbeitswelt.

Die Justiz als Dritte Gewalt im Land darf nicht mit anderen Behörden und Organisationseinheiten gleichgesetzt werden. Stellenkürzungen sind in diesen problem- und krisenhaften Zeiten kein geeignetes Mittel, politische Versäumnisse der Haushaltsführung auszugleichen. Ein Rechtsstaat kostet Geld, dazu gehören sowohl eine entsprechende technische wie auch eine ausreichende personelle Ausstattung.²²

Mit freundlichen Grüßen
DJG NRW Landesvorstand

gez.
Klaus Plattes
Landesvorsitzender